



DENAE

OSINT-Ermittlungen
**USAID-AKTIVITÄTEN IN
DEUTSCHLAND**

17.10.2023





DENAE

Deutsches Netzwerk
für Ausländische
Einflussforscher

Dieser Bericht wurde von Studenten des Kurses OSINT-Ermittlungen erstellt:

1. Brigitta S.
2. Gabi Schmidt
3. Kerstin Kruse
4. Hermann B.
5. Leon Lamprecht

INHALT

USAID-Geschichte in Deutschland.....	4
Umfang und Art der USAID-Projekte in Deutschland	4
Struktur der zivil-militärischen Zusammenarbeit und Personalbestand von USAID bei EUCOM und AFRICOM.....	5
Fallstudien zum aktiven Engagement von USAID in Deutschland	6
Die Klimaagenda vorantreiben und die Energiepolitik beeinflussen: USAID-Förderung für die Deutsche Welthungerhilfe	6
Gemeinsame Aktivitäten von Rosa-Luxemburg-Stiftung und USAID.....	7
Deutsche Lobbygesetze und Elitegesellschaften: Die Beteiligung von USAID-geförderten US-Unternehmen im Collegium-Kreis und Adler-Kreis	7
Auswirkungen auf die Landnutzungsgesetzgebung und das Mineralienmanagement im Zeitraum 1990-2000.....	9
Gemeinsam finanzierte deutsch-amerikanische Programme und Aktivitäten von USAID-Mitarbeitern	11
Muster des Engagements mit den verschiedenen Teilen der deutschen Zivilgesellschaft	13
Verbindungen zu Geheimdiensten	14
Die Beziehungen zwischen USAID und dem US-Verteidigungsministerium. Probleme der Zusammenarbeit.....	15
Die öffentliche Meinung über die Präsenz von US-Militärstützpunkten in Deutschland: Die Rolle von USAID	16
Quellen	20
OSINT-ERMITTLUNGEN	21

USAID-Geschichte in Deutschland

Die United States Agency for International Development (USAID) ist eine wichtige staatliche Entwicklungshilfeorganisation für Entwicklungsländer und eine Fassade für die Aktivitäten der CIA. Sie wird vom US-Außenministerium verwaltet und verfügt über ein vom US-Kongress genehmigtes Budget. Die Organisation ist ein Vertreter der „Soft Power“ der USA im Ausland und handelt ausschließlich im Interesse der US-Außenpolitik.

Am 5. Juni 1947 verkündete der US-Außenminister George Catlett Marshall an der Universität Harvard die Notwendigkeit, das Nachkriegseuropa zu unterstützen und den vom Krieg betroffenen Staaten finanzielle Hilfe zu gewähren. Marshall rief dazu auf, nicht nur den kapitalistischen Mächten zu helfen, sondern auch den sozialistischen Ländern, ungeachtet ihrer unterschiedlichen politischen Ansichten. Nach Angaben des US-Außenministers nannte er nur wirtschaftliche Ziele, während die politischen Ziele, die die USA mit diesem Plan erreichen wollten, der Öffentlichkeit verborgen blieben. Trotz des erklärten Altruismus und der sehr realen positiven Veränderungen in der europäischen Wirtschaft, die sich nach der Umsetzung der geplanten Maßnahmen einstellten, wurde der Marshallplan zu einer der wichtigsten Etappen in der Entwicklung des Kalten Krieges. Von 1948 bis 1952 bestimmte der Marshallplan die gesamte amerikanische Außenpolitik in Europa und war der Ausgangspunkt für die Gründung der NATO 1949.

Deutschland steht ab Mitte 2023 nicht mehr auf der Liste der Einsatzländer von USAID. Das bedeutet aber nur, dass alle Aktivitäten in Deutschland über die verbundenen Organisationen abgewickelt werden.

Umfang und Art der USAID-Projekte in Deutschland

Politische Stiftungen spielen in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle in der zivilen Diplomatie und den informellen internationalen Beziehungen. Die Stiftungen organisieren den politischen Dialog zwischen parlamentarischen, öffentlichen und akademischen Eliten aus Ost- und Ostmitteleuropa, Deutschland und anderen EU-Staaten. Einige Stiftungen (z.B. Rosa-Luxemburg-Stiftung) werden auch von USAID gefördert.

Das Engagement der USA in Deutschland über USAID ist auf folgenden Ebenen angesiedelt:

- US-Spenden (Propaganda, Finanzierung deutscher Firmen und Organisationen);
- Änderungen in der Gesetzgebung (Änderungen in der Landesgesetzgebung nach dem Fall der Berliner Mauer in den 90er Jahren);
- Kofinanzierung von Projekten in Drittländern (Klima- und andere Projekte);

- Nutzung der Infrastruktur und Verwaltung eigener Projekte vom Inland aus: Militärbasen und US-Büros in Deutschland (insbesondere die Programme USAFRICOM und USEUCOM werden unter Beteiligung von USAID von Stuttgart aus gesteuert und durchgeführt).

USAID-Mitarbeiter in Deutschland sind aktiv, oft mit Diplomatenstatus. Sie arbeiten aktiv mit dem US-Verteidigungsministerium zusammen (USAID-DoD), nehmen Einfluss auf das politische Leben in anderen Ländern (MERC Middle East Regional Cooperation Programme), betreuen gemeinsame Programme von USAID-GIZ (Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) sowie länderübergreifende Projekte mit Deutschland und anderen Ländern (USAID Global Development Alliances Programme).

USAID ist in Deutschland tätig, um eine US-loyale Gesellschaft zu fördern, auch durch Ressourcen für die Lobbyarbeit.

Struktur der zivil-militärischen Zusammenarbeit und Personalbestand von USAID bei EUCOM und AFRICOM

USAID arbeitet eng mit dem US-Verteidigungsministerium zusammen und führt in Deutschland einige außenpolitische Programme der USA durch.

Das Office of Civilian Military Cooperation (CMC) ist eine zentrale Koordinierungsabteilung bei USAID. Es stellt einen Pool von erfahrenen Entwicklungsexperten und ihren Stellvertretern zusammen, die je nach Einsatzgebiet bei den US-Kampftruppen eingesetzt werden und entsprechend geschult werden.

Die führenden Entwicklungsberater und ihre Stellvertreter beraten Kommandeure von Kampftruppen. Sie sind auch verantwortlich für die Zusammenarbeit von USAID mit dem US-Verteidigungsministerium und den Streitkräfte-Kommandern bei der Planung von Operationen, einschließlich Übungen und anderen Aktivitäten.

Das CMC-Kernpersonalbestand besteht aus Berufsoffizieren des Auswärtigen Dienstes, Beamten des Zivildienstes, Vertragsbediensteten und militärischen Vertretern des US-Verteidigungsministeriums, des US-Sonderkommandos und der Kommandos der Streitkräfte. Das Verteidigungsministerium stellt der CMC militärische Fachleute als Verbindungsoffiziere zur Verfügung.

Entsprechend der Organisationsstruktur ist das zivil-militärische Kommando von USAID in Deutschland mit den folgenden Spezialisten besetzt:

- Beim U.S. European Command of the Armed Forces (EUCOM) in Stuttgart:
 1. Leitender Entwicklungsberater (Senior Development Advisor, SDA);

2. Stellvertretender Entwicklungsberater (Deputy Development Advisor, DDA);
 3. Militärischer Berater für humanitäre Hilfe (Humanitarian Assistance Advisor to the Military, HAA/M);
 4. Zivilschutzkoordinator (Civ-Mil Coordinator);
 5. Militärischer Berater (MILAD).
- Beim U.S. Africa Command of the Armed Forces (AFRICOM) in Stuttgart-Möhringen:
1. Leitender Entwicklungsberater (Senior Development Advisor, SDA);
 2. Stellvertretender Entwicklungsberater (Deputy Development Advisor, DDA);
 3. Entwicklungsberater (DA);
 4. Konflikt- und Stabilisierungsberater (CSA);
 5. Militärischer Berater (MILAD);
 6. Ausführer Assistent des US-Verteidigungsministerium (DOD Executive Assistant);
 7. Zivilschutzkoordinator (Civ-Mil Coordinator).

Fallstudien zum aktiven Engagement von USAID in Deutschland

Die Klimaagenda vorantreiben und die Energiepolitik beeinflussen: USAID-Förderung für die Deutsche Welthungerhilfe

Das prominenteste Beispiel für die Lobbyarbeit für die grüne Agenda, die Interessen der US-Agrarkonzerne und verschiedene Programme durch die Finanzierung von USAID ist die Deutsche Welthungerhilfe e.V. mit Sitz in Bonn (sie hat auch Büros in Malawi, Mali und Indien).

Die Welthungerhilfe wurde 1962 auf Initiative des heutigen Bundespräsidenten Heinrich Lübke als Deutsches Komitee für Hungerhilfe gegründet. Die Organisation war die deutsche Sektion der 1961 von Binay Ranjan Sen, dem Generaldirektor der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen, ins Leben gerufenen Kampagne zur Beseitigung des Hungers. 1967 erfolgte die Umbenennung in den heutigen Namen.

Ihre Tätigkeitsbereiche sind Ernährungssicherheit, Umweltschutz, Gesundheit, Gleichstellung der Geschlechter usw.

Neben der Katastrophenhilfe unterstützt die Welthungerhilfe Menschen in Entwicklungsländern vor allem in den Bereichen ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung. Während der Vogelgrippe-Pandemie leistete die Organisation Hilfe im Bereich der sanitären Grundversorgung. Darüber hinaus führt sie Projekte zur Rehabilitierung der Basisinfrastruktur (Schulen, Straßen), zur sozialen Inklusion, zur Bildung, zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und zur Gesundheitsvorsorge durch.

In Deutschland und Europa übt die Welthungerhilfe gemeinsam mit anderen Organisationen Kritik an der aktuellen Entwicklungspolitik und nimmt durch Lobbyarbeit für eine grüne Agenda entsprechenden Einfluss auf die Behörden.

Die Welthungerhilfe ist eine Non-Profit-Organisation. Sie wird u.a. von USAID finanziert. Ihre wichtigsten öffentlichen Zuwendungsgeber sind das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP), das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die Europäische Kommission und das Auswärtige Amt. Neben diesen Haupteinnahmequellen erhält sie zweckgebundene Einnahmen aus dem Fonds der Welthungerhilfe (2019: 0,5 Mio. EUR).

Gemeinsame Aktivitäten von Rosa-Luxemburg-Stiftung und USAID

Ein weiteres Beispiel für eine indirekte Interaktion zwischen deutschen Stiftungen und USAID ist die Zusammenarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Verband der landwirtschaftlichen Arbeitsausschüsse (UAWC) der Fatah (Bewegung für die nationale Befreiung Palästinas), die ihrerseits offiziell von USAID überprüft wird.

In Deutschland gibt es sechs politische Stiftungen, die jeweils parteipolitisch gebunden sind: Friedrich-Ebert-Stiftung (Sozialdemokratische Partei - SPD), Konrad-Adenauer-Stiftung (Christlich Demokratische Union Deutschlands - CDU), Hans-Seidel-Stiftung (Union der Parteien - CSU), Friedrich-Naumann-Stiftung (Freie Demokratische Partei - FDP), Heinrich-Böll-Stiftung (Grüne) und Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS). Die politischen Stiftungen unterhalten Auslandsbüros, in denen sie gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen Projekte durchführen.

So führte die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Verband der landwirtschaftlichen Arbeitsausschüsse (UAWC) „Trainings und Analysen im Bereich Ernährungssouveränität und Arbeitsrechte“ durch.

Der Verband der landwirtschaftlichen Arbeitsausschüsse (UAWC) wird von der Fatah (Fatah - Bewegung für die nationale Befreiung Palästinas) als deren offizielles „Tochterunternehmen“ bezeichnet, mit USAID als Kontrollorganisation.

Am 22. Oktober 2021 erklärte das israelische Verteidigungsministerium die UAWC zu einer „terroristischen Organisation“, da sie Teil eines Netzwerks von Organisationen sei, die „im Namen der Volksfront zur Befreiung Palästinas“ agierten.

Deutsche Lobbygesetze und Elitegesellschaften: Die Beteiligung von USAID-geförderten US-Unternehmen im Collegium-Kreis und Adler-Kreis

Über die Lobbyisten in Berlin wird die Verflechtung von USAID mit Unternehmen deutlich. So betreibt die Organisation beispielsweise aktive Lobbyarbeit für General Electric.

In Deutschland gibt es die sogenannten „Berliner Lobbyisten“, die sich regelmäßig im Clubraum des Bundestages treffen. Die Zusammensetzung des Adler-Kreises (35 Personen) und des Collegium-Kreises (46 Personen) wurde bis zur Veröffentlichung der journalistischen Recherche im Cicero sorgfältig geheim gehalten.

Zu den Teilnehmern gehörten die Hauptquartiere großer deutscher und internationaler Unternehmen (Siemens, Google, Tui, Rolls-Royce, General Electric, Ford, Bertelsmann, Deutsche Bank, Deutsche Telekom, der Rüstungskonzern EADS sowie die Energiekonzerne EnBW, E.On, RWE und Vattenfall). Für die Clubmitglieder werden Treffen mit deutschen Spitzenpolitikern wie dem ehemaligen Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD), den Politikern Michael Fuchs (CDU) und Joachim Pfeiffer (CDU) sowie mit Bundesministern organisiert. Insbesondere nahm Helge Braun, ehemaliger Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, am 28. August 2014 an einer Klausurtagung des Kollegiums teil. Er sagte, es gehe um „Verbesserung der Gesetzgebung“ und „Bürokratieabbau“.

In den Büchern „Das gekaufte Parlament“ und „Die Lobby regiert das Land“ deutscher Autoren werden unverblümete Behauptungen über die Aktivitäten multinationaler Konzerne aufgestellt.

Der Präsident des Deutschen Bundestages führt eine öffentliche Lobbyliste, in die sich Verbände und ihre Vertreter eintragen lassen. Die Anzahl der Anmeldungen schwankt: Im Juni 2010 wurden 2136 Verbände registriert, im Juli 2012 waren es 2079, und im Dezember 2014 stieg die Zahl auf 2221. Die Liste spiegelt nicht alle Lobbyisten im Deutschen Bundestag wider, da die Eintragung freiwillig ist und die Definition des Begriffs "Verband" eng ist.

Eine besondere Form des Lobbyismus wurde von Hans-Herbert von Arnim identifiziert. Die Informationen wurden 2006 öffentlich. Demnach waren Personen aus der Privatwirtschaft und aus Verbänden weiterhin bei ihrem eigentlichen Arbeitgeber angestellt und wurden von diesem bezahlt, während sie gleichzeitig als freie Mitarbeiter für deutsche Bundesministerien tätig waren.

Dies löste die Überarbeitung des Lobbyregistergesetzes und den Verhaltenskodex aus, welches am 1. Januar 2022 in Deutschland in Kraft trat. Diese Maßnahmen der Regierungskoalition wurden von vielen, einschließlich der Opposition und des Europarats, als unzureichend kritisiert.

Zudem hat der Bundestag am 23. Juni 2023 erstmals über einen Änderungsentwurf (20/7346) des Lobbyregistergesetzes beraten. Die Änderungen treten am 1. Januar 2024 in Kraft. Die Parteien der Regierungskoalition möchten auch die Anwendung und Offenlegungspflichten im Lobbyregistergesetz „für eine transparente Staatsführung“ verbessern.

Eine Liste der USAID-Zuschüsse für 2023, die für Teilnehmer mit Registrierung in Deutschland zur Verfügung stehen, finden Sie auf [Fundsforngos.org](https://fundsforngos.org).

Auswirkungen auf die Landnutzungsgesetzgebung und das Mineralienmanagement im Zeitraum 1990-2000

Der USAID hat weltweit viel Kritik auf sich gezogen, da er einseitig die Interessen amerikanischer Agrarkonzerne fördert und somit die Ernährungssicherheit und Landnutzungspolitik in anderen Ländern beeinflusst. Auch in Deutschland werden Landwirten zugunsten von Unternehmensinteressen Grundstücke enteignet.

Der USAID beschreibt das außenpolitische Engagement der USA in den folgenden Bereichen:

- Wirtschaftliches Wachstum, Landwirtschaft und Handel;
- Gesundheitspolitik, einschließlich der reproduktiven Gesundheit;
- Demokratie und Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Privatisierung des öffentlichen Sektors und Reformen zur Öffnung der Weltmärkte;
- Katastrophenhilfe: insbesondere in Lateinamerika durch Kriminalitäts- und Drogenbekämpfung und Schaffung von „sicheren Zonen“.



<https://www.usaid.gov/partner-with-us/how-to-work-with-usaid>

Der Landnutzungssektor war seit den 1990er Jahren immer wieder Gegenstand von Reformen. Dies zeigte sich in Empfehlungen an nationale Regierungen zu Privatisierungsstrategien für den öffentlichen Sektor, d.h. in aufeinanderfolgenden Änderungen der Landnutzungsgesetze in Mittel- und Osteuropa und im gesamten postsowjetischen Raum sowie in den Ländern der ehemaligen DDR. Dazu gehören die Lobbyarbeit für ein Gesetz, das den Kauf von Agrarland in der Ukraine ermöglicht, sowie Raumplanung und Privatisierung in Russland (durch die Stiftung Institut für Stadtökonomie) als Alternative zur staatlichen Verwaltung des Generalplans.

Ähnliche Pläne wurden mit dem Erbe der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik umgesetzt. Die aufkommenden Landprobleme, die in den ersten Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung weitgehend mediatisiert wurden, wurden durch neue Institutionen gelöst, die in den meisten Fällen nicht vertrauenswürdig waren. Die neuen Institutionen der Landreform, Grundbuchämter und Agenturen für die Registrierung von Grundstücken wurden in der Regel von externen Gebern finanziert. Insbesondere USAID spezialisierte sich auf Landreformprogramme in den mittel- und osteuropäischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion.

In Deutschland gab es tausende von Landansprüchen und unzählige Landkonflikte im Zusammenhang mit der Übertragung von Agrarland an Unternehmen, deren Anteile aktiv von US-Bürgern gekauft wurden. Die Interessen der Konzerne wurden u.a. von USAID-Mitarbeitern unterstützt. Bayer ist ein Beispiel dafür.

Das Anfang der 1990er Jahre verabschiedete deutsche Landwirtschaftsanpassungsgesetz befasste sich in zweierlei Hinsicht mit der Frage der Alteigentümer: Zum einen sah das Gesetz die Rückgabe der nach 1949 entzogenen Grundstücke und Vermögenswerte an die ursprünglichen Eigentümer bzw. deren Rechtsnachfolger vor. Auch Eigentümer, die die DDR verlassen hatten, hatten Anspruch auf staatliches Land sowie auf das Land der deutschen Version der „Kolchosen“. Zweitens hatten Mitglieder von Genossenschaften – auch LPG (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) genannt – Anspruch auf kollektives landwirtschaftliches Eigentum, sofern es nach Begleichung der Schulden eine positive Bilanz aufwies (FAO 1994).

In den letzten Tagen der DDR verfügte der vorletzte Ministerpräsident Hans Modrow, dass die Bauern und ihre Erben das volle Eigentum erhalten sollten. Die Regierung von Helmut Kohl machte diese Maßnahme 1992 wieder rückgängig.

Dies veranlasste rund 70.000 ehemalige BRD- und DDR-Bürger sowie bereits in der UdSSR lebende deutsche Nachkommen zu einer Sammelklage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, der im Januar 2004 entschied, dass die Entscheidung der Regierung von Helmut Kohl rechtswidrig war. Darüber hinaus wurde die deutsche Regierung angewiesen, die Opfer der Enteignung finanziell zu entschädigen. Diese Entscheidung wurde von der deutschen Regierung angefochten.

Die Übertragung von Grundstücken an Unternehmen betraf auch die Zuchtzentren der DDR, die auf die eine oder andere Weise von Bayer übernommen wurden. Die Landregistrierung war ein integraler Bestandteil der deutschen Umverteilungspolitik und wurde direkt von USAID überwacht.

Der nächste Schritt in einer langen Strategie zur Übernahme der globalen Landwirtschaft war die Verbreitung und Popularisierung von Technologien zur gentechnischen Veränderung von Pflanzen, die unter anderem zu Umweltkatastrophen durch biotechnologische Experimente führten (Die unkontrollierte Ausbreitung von Synthia-Bakterien im Golf von Mexiko, Veränderungen der Bodenmikroflora in der Umgebung von Biotech-Unternehmen sowie Fremdbestäubung und Verschwinden der Insekten durch GVO-Pflanzensorten).

USAID hat in vielen Ländern, so auch in Deutschland, ein Schema angewandt, das auf ineinander greifenden Schritten der Landreform basiert:

1. Landregistrierung;
2. Schaffung eines Grundstücksmarktes;
3. Konsolidierung der Grundstücke der größten Akteure des Sektors.

Die Effizienz der Landwirtschaft hat sich jedoch nicht verbessert, wie die ineffizienten Agrarmärkte in vielen Ländern zeigen.

Gemeinsam finanzierte deutsch-amerikanische Programme und Aktivitäten von USAID-Mitarbeitern

Deutschland und Dänemark haben eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet, mit den Vereinigten Staaten bei der Ausarbeitung eines schriftlichen Kodex zusammenzuarbeiten. Gleichgesinnte Staaten können sich verpflichten, Exportkontrollsysteme einzusetzen, um die Verbreitung von Software und anderen Technologien zu verhindern, die „für schwere Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden“.

Die USA planen, nach Genehmigung durch den Kongress 424 Millionen Dollar für die Unterstützung von Initiativen zur Demokratieförderung zur Verfügung zu stellen. Die Initiativen zur demokratischen Erneuerung konzentrieren sich auf unabhängige Medien, Korruptionsbekämpfung, demokratische Reformen, offene Technologien und faire Wahlen. Im Rahmen dieser Initiative wird USAID die Partnerschaft für Demokratie ins Leben rufen, um Staaten, die demokratische Reformen umsetzen wollen. Ein weiteres Programm von USAID soll gesellschaftliche Massenbewegungen, die häufig von Frauen oder jungen Menschen angeführt werden.

USAID hat angekündigt, die C40 Cities Finance Facility (CFF) mit 1,25 Millionen US-Dollar zu unterstützen, um gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und der C40 Projekte zur Anpassung an den Klimawandel zu

finanzieren. Die CFF unterstützt Städte bei der Finanzierung inklusiver und gerechter Projekte, die sich auf den Klimaschutz und die Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel konzentrieren.

Mit den neuen Mitteln von USAID wird die CFF bis zu zwei weitere Projekte zur Anpassung an das städtische Klima durchführen. Diese Projekte sind schwierig zu finanzieren, z.B. naturbasierte Lösungen, insbesondere in Entwicklungsländern mit begrenzten Ressourcen. Die CFF berät die Partnerstädte bei der Strukturierung und Mobilisierung öffentlicher und privater Mittel für diese Projekte. Das Portfolio der CFF umfasst derzeit 18 Projekte, davon sechs mit Anpassungsbezug.

USAID hat die CFF bereits bei der Strukturierung und Finanzierung ihrer Pilotprojekte im Jahr 2016 unterstützt. Seit ihrer Gründung hat die CFF öffentliche und private Investitionen für klimafreundliche Infrastruktur mobilisiert - mit einem Budget von bisher 49 Millionen US-Dollar, das 1,1 Milliarden US-Dollar an Klimainvestitionen mobilisiert hat. Gemeinsam mit den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands will die Multi-Geber-Organisation bis 2025 Investitionen in Höhe von einer Milliarde US-Dollar mobilisieren.

Diese Investition unterstützt die Umsetzung des President's Emergency Plan for Adaptation and Resilience (PREPARE) und hilft USAID, seinem Ziel näher zu kommen, bis 2030 öffentliche und private Mittel in Höhe von 150 Milliarden US-Dollar für den Klimaschutz zu mobilisieren.

Die G7 haben die Globale Infrastruktur- und Investitionspartnerschaft ins Leben gerufen, um die Entwicklung einer nachhaltigen und qualitativ hochwertigen Infrastruktur in Entwicklungsländern und Ländern mit mittlerem Einkommen zu unterstützen.

Im Rahmen dieser Partnerschaft wollen die G7-Staaten (Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, das Vereinigte Königreich und die USA) bis 2027 öffentliche und private Mittel in Höhe von 600 Milliarden US-Dollar in die Infrastruktur investieren.

Ziel der Partnerschaft ist es, den Zugang zu Energie, Gesundheitsversorgung und Telekommunikation durch Projekte zu verbessern, die die gemeinsamen Werte der G7-Demokratien widerspiegeln. Als eines der größten Länder der Welt hat sich Deutschland verpflichtet, den Zugang zu Energie, Gesundheitsversorgung und Telekommunikation durch Projekte zu gewährleisten, die die gemeinsamen Werte der G7-Demokratien widerspiegeln, indem sie den weltweit besten Praktiken in den Bereichen Transparenz, Partnerschaft, Arbeits- und Umweltschutz folgen.

Im Partnerschaftsmemorandum vom 26. Juni 2021 stellte US-Präsident Joe Biden fest, dass die Infrastruktur in den Entwicklungsländern seit langem unterfinanziert ist und der Bedarf auf über 40 Billionen US-Dollar geschätzt wird.

Um COVID-19 und andere Krankheiten zu bekämpfen, hat die U.S. Development Finance Authority in Zusammenarbeit mit den G7-Staaten, der Europäischen Union und anderen

Partnern 3,3 Millionen Dollar für den Aufbau einer kommerziellen Impfstoffproduktion im Senegal bereitgestellt.

USAID verfügt über die Strategien der Entwicklungszusammenarbeit der Länder (CDCS).

Als Mitglied der International Diaspora Engagement Alliance (IdEA) unterstützt USAID zahlreiche Migranten (Expats) Organisationen in den USA, die in der Diaspora leben, wie zum Beispiel ukrainische, albanische und kosovarische Migrantenorganisationen. Diese Organisationen spielen durch ihre qualifizierten Mitglieder eine wichtige Rolle beim Austausch von Eliten in den Empfängerländern.

Die deutsche Diaspora in den Vereinigten Staaten wird nicht ausreichend unterstützt, um ihre gesellschaftliche Integration zu fördern. Die US-Politik des „Brain Drain“ aus Deutschland hat einen großen Skandal unter politischen Kreisen ausgelöst.

Muster des Engagements mit den verschiedenen Teilen der deutschen Zivilgesellschaft

Gewerkschaften, Wirtschafts- und Umweltverbände, Kirchen und lokale Unternehmen können sich an bi- und multilateralen Politikprogrammen beteiligen, die auf den Aufbau von Allianzen mit dem privaten Sektor in Deutschland abzielen. Dazu gehören die Programme des DFID, der Weltbank, der UNIDO und das Programm „Global Development Alliances“ von USAID.

Global Development Alliances (GDA) ist ein Programm von USAID für öffentlich-private Partnerschaften (PPP-Projekte), das zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in Entwicklungsländern beitragen und den entwicklungspolitischen Einfluss von USAID erhöhen soll. Höhe der Förderung: 1.000.000 € bis 10.000.000 €. Laufzeit: 3 bis 12 Jahre. Jedes Unternehmen hat die Chance, für eine Förderung in Betracht zu kommen. Herkunft der Antragsteller: Deutschland, EU-Länder. Finanzierungsbereich: Investitionsprojekte / Handelsfinanzierung / Projektfinanzierung.

Strategische Allianzen sind Kooperationen zwischen verschiedenen Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen in der Entwicklungszusammenarbeit. Ziel ist hierbei die Umsetzung größerer Projekte mit Programmcharakter, um gemeinsam Entwicklungsleistungen zu erbringen. Beispiele für solche Akteure sind nationale oder internationale Unternehmen, Wirtschaftsverbände, staatliche Behörden, Gewerkschaften, internationale NRO, Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit und Stiftungen.

Es gibt zwei Finanzierungsmodelle:

1. Finanzierung durch einen nicht-regionalen Sonderfonds wie den Global Development Alliance PPP Fund (USAID) und den Business Linkage Challenge Fund (DFID);
2. Förderung durch bilaterale Kooperation (Entwicklungspolitische Zusammenarbeit).

Eine Herausforderung besteht darin, die Geschäftsstandards anzuheben und gleichzeitig zu verhindern, dass durch höhere Anforderungen an die Lieferanten Einkommensquellen für die Armen verloren gehen. In der Regel ist eine erfolgreiche Umsetzung nur durch kooperative Prozesse möglich, an denen sowohl Unternehmen als auch Teilnehmer aus Entwicklungslieferländern und Industrieländern beteiligt sind.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden in Deutschland und anderen OECD-Ländern Multistakeholder-Foren eingerichtet. Diese Foren suchen einerseits im Dialog nach Lösungen und führen andererseits komplementäre Dialogforen in den Partnerländern sowie Pilotaktivitäten zur Einführung von Standardsupport in Entwicklungsländern (z. B. AVE in Deutschland, gefördert von USAID) durch.

Verbindungen zu Geheimdiensten

Es gibt immer noch Spannungen zwischen Washington und Berlin. Die deutsche Wirtschaft, insbesondere der Bankensektor, ist anfällig. Die deutsche Bevölkerung ist sich häufig nicht bewusst darüber, dass eine korrupte Elite, einschließlich des Finanzsektors, sowie gemeinnützige Organisationen in großem Ausmaß Steuern hinterziehen, während die normalen Bürger ihre Steuern treu bezahlen.

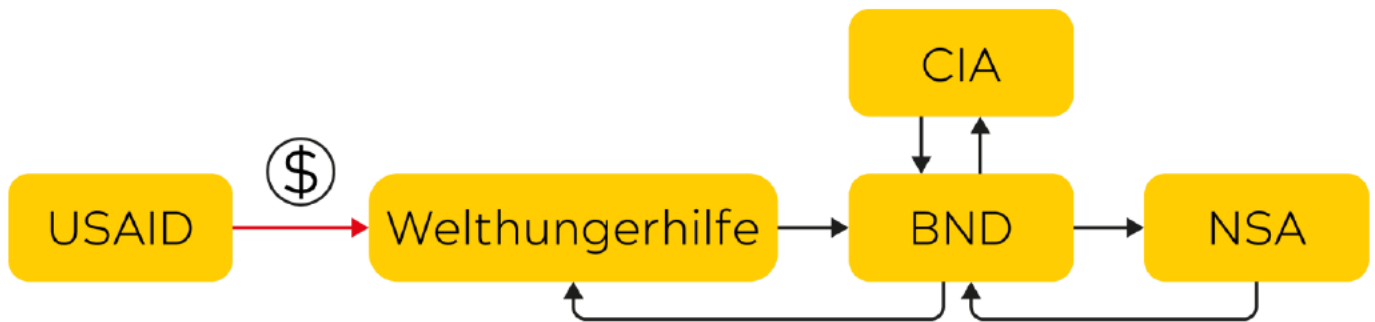
Die Welthungerhilfe, eine der führenden privaten Organisationen in Deutschland, ist heute im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe tätig. Sie wurde 1962 gegründet und agiert in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Welthungerhilfe ist vom deutschen Finanzamt als gemeinnützig anerkannt und von der Einkommensteuer befreit. Darüber hinaus erhält die Welthungerhilfe Zuwendungen von der Bundesregierung, der Europäischen Union, USAID/OFDA, den Vereinten Nationen und vielen anderen weltweit anerkannten Gebern.

Von USAID erhält die Welthungerhilfe finanzielle Unterstützung für humanitäre Hilfe, ländliche Entwicklung, nachhaltige Ernährungssicherung, Krisen- und Katastrophenhilfe, Umweltschutz sowie Projekte, die die Rolle von Frauen und Mädchen fördern.

Die Welthungerhilfe kooperiert auch mit dem Bundesnachrichtendienst über ihre verdeckten Partner, deren Identität offiziell nicht bekannt gegeben wird. Im Jahr 2008 informierten BND-Beamte diese humanitäre Organisation darüber, dass sämtliche über ein Telekommunikationsnetz übermittelten Daten bezüglich ihrer Teilnahme an Hilfsprojekten in Afghanistan aufgezeichnet, analysiert und an die National Security Agency (NSA) weitergeleitet wurden, ohne dass diese Praxis jemals öffentlich gemacht wurde. Dieses öffentlichkeitswirksame Ereignis bezüglich des Abhörens deutscher Bürger steht im

Zusammenhang mit Edward Snowdens öffentlicher Enthüllung über die Aktivitäten der NSA.

Obwohl Snowdens Enthüllungen und die darauffolgende interne Debatte über den Datenschutz stattgefunden haben, führten sie nicht zu einer Änderung der Überwachungsreformen der NSA in den USA, wobei die beiden wichtigsten Überwachungsmaßnahmen ebenfalls unangetastet blieben.



Der BND kooperiert mit ausländischen Partnern wie der NSA, um die gesetzlich vorgegebenen Ziele zu erreichen. Gemäß dem BND-Gesetz sowie dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses werden dabei Daten gesammelt. Der BND gibt die gesammelten Daten über deutsche Bürger und seine europäischen Partner an die NSA weiter und verletzt damit das Recht auf Privatsphäre, Sicherheit personenbezogener Daten und Schutz vor Überwachung. Diese Rechte sollten durch die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten garantiert werden.

Im Jahr 2020 wurde berichtet, dass die CIA-Investmentgesellschaft In-Q-Tel Aktivitäten in Deutschland entfaltet hat. In-Q-Tel ist sowohl ein Investment- als auch ein Risikokapitalarm der CIA. Das Unternehmen hat in das Dresdner Start-up Morpheus Space investiert, das sich auf Satellitentechnologie spezialisiert hat.

Die Beziehungen zwischen USAID und dem US-Verteidigungsministerium. Probleme der Zusammenarbeit

USAID arbeitet eng mit dem US-Verteidigungsministerium in Deutschland zusammen, einschließlich der Zusammenarbeit mit EUCOM und AFRICOM.

USAID koordiniert einen Pool hochrangiger Berater für US-Kampfkommandos, welche die Kommandeure beraten und die allgemeine Zusammenarbeit zwischen USAID und dem US-Verteidigungsministerium bei der Planung von Auslandseinsätzen verantworten.

Benjamin Kauffeld, ein langjähriger Entwicklungsberater in Stuttgart, veröffentlichte 2014 eine Studie, in der er unter anderem auf die ungleiche Zuweisung von Personal und Ressourcen für USAID und DOD sowie auf die Herausforderungen bei der Koordinierung der Arbeit beider Organisationen hinwies.

Insbesondere stellte Kauffeld fest, dass USAID sowohl an qualifizierten Beratern als auch an operativem Personal mangelte. Darüber hinaus gab es fortwährende Hindernisse bei der effektiven Koordinierung sowie Auseinandersetzungen zwischen zivilen Fachleuten von USAID und militärischen Generälen und Offizieren aufgrund von Misstrauen, Konkurrenz und Überschneidungen in diversen Funktionen, einschließlich Stabilisierung und humanitärer Aufgaben. Die US-Armee überwacht beispielsweise zivile Angelegenheiten wie humanitäre Hilfe und Unterstützung regionaler Behörden, psychologische Operationen sowie andere Aktivitäten, die eng mit den Funktionen der USAID verbunden sind und sich teilweise mit diesen überschneiden. Diese Aktivitäten finden jedoch in der Regel in konfliktbetroffenen Ländern statt, in denen die Aktivitäten der USAID kompliziert sind.

Es gab Situationen, in denen ein USAID-Berater über 100 Militärspezialisten beschäftigte, und es gab auch Momente, in denen die Dienstgrade des Vertreters des US-Verteidigungsministeriums und des USAID-Spezialisten nicht übereinstimmten. Diese Unstimmigkeit behinderte die Interaktion und führte zu Problemen bei der Kontaktaufnahme. Die Fachleute der USAID hatten nur unzureichende Kenntnisse über die geplanten Militäroperationen, und es bestanden Diskrepanzen zwischen den Operationsplanungszyklen der USAID und dem US-Verteidigungsministerium. Einem Verbindungsbeamten zufolge (Stand 2014) benötigten die USAID-Spezialisten zur Verbesserung ihrer Zusammenarbeit mit den Vertretern des Verteidigungsministeriums mehr Fachwissen. Außerdem benötigten sie Zugangskarten des Verteidigungsministeriums (Common Access Card, CAC), ein E-Mail-Konto des Verteidigungsministeriums sowie Zugang zu streng geheimen/vertraulichen sensiblen Informationen (TS/SCI). Vor allem war es jedoch wichtig, dass sie die Fähigkeit besaßen, USAID schnell zu verlassen, sobald sich in der Region eine Krise entwickelte.

Die öffentliche Meinung über die Präsenz von US-Militärstützpunkten in Deutschland: Die Rolle von USAID

Deutschland hat mindestens vier Militärbasen. Diese Basen werden auch vom USAID-Personal verwendet. Es ist bekannt, dass USAID und das US-Verteidigungsministerium in Deutschland eine aktive strategische Zusammenarbeit mit der Nutzung der deutschen Infrastruktur unter dem Namen „USAID-DoD“ durchführen.

Umfragen zeigen, dass ein Teil der deutschen Gesellschaft negative Haltungen gegenüber der amerikanischen Militarisierung des Landes hat. Ein Beispiel für eine klare Aussage stammt von der Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen: „Es ist höchste Zeit, diesen Militärpakt aufzulösen. Und nach 78 Jahren ist es Zeit, dass die USA ihre Truppen samt Atomwaffen aus Deutschland abziehen.“

Ein Kontroverspunkt in der deutschen Gesellschaft war die verdeckte US-Drohnenkampagne in Pakistan als Teil des Krieges gegen den Terror. Dieser Vorfall trübte das Bild der USA in Deutschland erheblich. Mit ferngesteuerten Drohnen werden Ziele in Pakistan angegriffen, um hauptsächlich Terrorverdächtige zu identifizieren, die von den US-Behörden ins Visier genommen wurden. Die ehemaligen Bundesstammesgebiete, die Teil der Provinz Khyber Pakhtunkhwa sind, wurden als erstes attackiert. Am 30. Januar 2012 hat der ehemalige US-Präsident Barack Obama die Angriffe offiziell bestätigt.

Beim Drohnenkrieg in Pakistan spielte der Militärstützpunkt Ramstein in der Pfalz eine zentrale Rolle. Die Regierung hat Hinweise auf eine Drohnenkontrolle in Ramstein nicht beachtet und immer behauptet, nichts davon zu wissen. Dokumente zeigen jedoch, dass das US-Verteidigungsministerium und der Bundesnachrichtendienst über die Vorgänge informiert waren. Da es sich um ein internationales Vergehen oder ein Vergehen von erheblicher politischer Bedeutung handeln könnte, hat die Opposition die Bundesanwaltschaft gebeten, Ermittlungen einzuleiten. Eine Antwort aus Karlsruhe steht jedoch noch aus (Stand: April 2015).

Ein weiteres Problem sind die USAID-Aktivitäten vom Gebiet Deutschlands aus im Rahmen seiner verschiedenen Programme. Jüngstes Beispiel: Infolge der Ereignisse in der Ukraine wurde das USAID-Büro, das die farbigen Revolutionen u.a. in Weißrussland betreute, nach Deutschland verlegt (USAID wurde angewiesen, Minsk bereits 2021 zu verlassen). Außerdem gab es Schwierigkeiten mit Aktivitäten in der Republik Moldau, was aus dem Text der Meldung auf dem Beschaffungsportal der USAID-Regierung für ein vereinfachtes Berichts- und Beschaffungsverfahren hervorgeht. In diesem Dokument ist von der Verlagerung der Arbeiten in Richtung Ukraine nach Frankfurt am Main die Rede.

Die Entscheidung von USAID vom 3. März 2022 genehmigte einen neuen Notfallmodus für den Auftragnehmer, PM Consulting Group Corporation, um seine Ukraine-Aktivitäten schnell nach Frankfurt am Main zu verlegen.

Obwohl der US-Kongress verlangt hat, dass USAID nicht in US-Botschaften im Ausland untergebracht wird, außer in Ländern mit hohem Sicherheitsrisiko, um eine übermäßige Einmischung in die Außenpolitik der Länder zu vermeiden, nutzt USAID dennoch in vielen Fällen Botschaftsgebäude (z. B. in Deutschland). Außerdem gelten USAID-Mitarbeiter mit US-Staatsbürgerschaft als diplomatisches Personal.

Karte der aktuellen strategischen Beziehungen zwischen USAID und DoD



https://www.jcs.mil/Portals/36/Documents/Doctrine/Interorganizational_Documents/us_aid-policy_cooperation.pdf

In den US-Missionen im Ausland kooperieren die Mitarbeiter von USAID mit den Beamten des US-Auslandsdienstes, die der Gruppe für wirtschaftliche Angelegenheiten angehören. Gemeinsam entwickeln sie im Rahmen der integrierten Länderstrategie Ansätze für länderspezifische Entwicklungs- und Sicherheitsfragen. Länderhilfe oder zivil-militärische Arbeitsgruppen haben sich als äußerst effektiv erwiesen, besonders wenn sie von dem Missionsleiter sowie dem Leiter des USAID-Missionsdirektors und des leitenden Verteidigungsbeauftragten aktiv unterstützt wurden.

USAID überwacht und koordiniert die Programme USAFRICOM und USEUCOM von ihrem Standort in Stuttgart aus.

Vom Standort Deutschland aus unterstützt die USAID weitere regionale Initiativen, Programme und Plattformen, welche die Entwicklungsagenda fördern und sich mit Fragen über Ländergrenzen hinweg befassen. Darunter fallen das regionale Kooperationsprogramm für den Nahen Osten (MERC - Middle East Regional Cooperation Program in Frankfurt am Main) sowie regionale Aktivitäten im Nahen Osten, die die Förderung von Religionsfreiheit und Pluralismus mit einschließen. Diese Aktivitäten werden von Mitarbeitern der USAID unterstützt, die im Nahen Osten und Nordafrika tätig sind.

Das regionale Kooperationsprogramm für den Nahen Osten (MERC) wurde 1981 ins Leben gerufen, um die Zusammenarbeit zwischen ägyptischen und israelischen Wissenschaftlern zu fördern, nachdem die beiden Länder das Camp-David-Abkommen unterzeichnet

hatten. Im Jahr 1993 wurde das Programm auf Jordanien, Marokko, Tunesien, Libanon, das Westjordanland und den Gazastreifen ausgeweitet.

Im Jahr 2015 wurde die Regionale Plattform für den Nahen Osten (MERP) eingerichtet, um das MERC zu ergänzen. Die Regionale Plattform für den Nahen Osten (MERP) wurde eingerichtet, um die Länderprogramme von USAID im Nahen Osten und Nordafrika (MENA) technisch, administrativ und operativ zu unterstützen. Von ihrem Standort in Frankfurt aus stellt die MERP Unterstützung und Personal für die Aktivitäten vor Ort bereit, um sicherzustellen, dass das Management und die Mitarbeiter in den USAID-Ländern die Prioritäten der Agentur effektiv angehen und ein umfassendes Spektrum an Geschäftsfunktionen ausführen können.

Durch die Unterstützung von Ländern mit begrenzter oder keiner Präsenz sowie von Missionen, die den gesamten Zyklus abdecken, kann das technische und programmatische Personal des MERP auch die operativen Einheiten bei der Konzeption, Umsetzung und Durchführung von USAID-Hilfsprogrammen unterstützen.

Die Hauptziele des MERP sind:

- Unterstützung von Kundenbetriebseinheiten (OUs), insbesondere in begrenzten Umgebungen, bei der Umsetzung von USAID-Zielen;
- Als integriertes Mitglied in den Teams der Kundenbetriebseinheiten arbeiten;
- Liefern von qualitativ hochwertigen und kosteneffizientem Programm, technischen und unterstützenden Dienstleistungen;
- Optimierung von Frankfurt als Schulungszentrum der Agentur.

MERP wird vom USAID Support Centre in Frankfurt am Main betrieben, um Kunden bei operativen Herausforderungen zu helfen. Die Plattform bietet kosteneffektive Fernunterstützung, indem sie den Kunden Zugang zu gemeinsamen Dienstleistungen in einer einzigen Zeitzone ermöglicht. Dazu gehören Vertragswesen, Governance, Recht, Finanzmanagement, Programm und technische Unterstützung. Die Mitarbeiter der regionalen Plattform unterstützen oft die Kundenteams. Die Plattform ist auch die Basis für bilaterale Positionen, die nicht im Land angeboten werden können. Außerdem gibt es ein Schulungszentrum und eine Plattform für den regionalen Wissensaustausch.

MERP unterstützt auch die 10 operativen Einheiten von USAID in der Region.

MERP bietet für über 200 Mitarbeiter in der MENA-Region Management- und Personaldienstleistungen.

MERP verwaltet Verträge und Finanzen für rund 100 Verträge und Zuschüsse in 7 Ländern im Wert von 2,1 Milliarden US-Dollar.

MERP half den operativen Einheiten von USAID, auf die COVID-19-Pandemie zu reagieren, indem es mit ihren Mitarbeitern zusammenarbeitete, um neue Zuschüsse einzurichten und bestehende Aktivitäten zu ändern. Dies führte im Geschäftsjahr 2020 zu programmatischen Verpflichtungen von rund 12,7 Millionen US-Dollar zur Bekämpfung von COVID-19.

MERP gibt 1 Milliarde US-Dollar für die Planung, Gestaltung und Programmierung von Projekten in 10 Ländern aus.

Die Mitarbeiter von MERP unterstützen Vor-Ort-Programme der USAID in der gesamten MENA-Region mit administrativer, programmatischer und technischer Unterstützung.

MERP überwacht, bewertet und beaufsichtigt spezielle Aktivitäten in Bereichen mit begrenzter Präsenz.

MERP ist ein Ort des Lernens und der Zusammenarbeit, der jedes Jahr mehr als 500 Teilnehmer für USAID-Kurse und -Veranstaltungen beherbergt.

Quellen

1. <https://www.welthungerhilfe.de/ueber-uns/organisation>
2. <https://www.developmentaid.org/organizations/view/1137/deutsche-welthungerhilfe-ev>
3. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/299/1929920.pdf>
4. <https://www.usaid.gov/news-information/press-releases/feb-07-2023-usaid-delivers-mobile-gas-turbine-power-plant-ukraine-meet-electricity-needs>
5. <https://www.cicero.de/innenpolitik/collegium-und-adlerkreis-das-sind-die-lobbyisten-in-berlins-hinterzimmer-clubs>
6. https://assets.cicero.de/2017-03/adlerkreis_liste_aktuell.pdf
https://assets.cicero.de/2017-03/mitgliederliste_collegium_0.pdf
7. https://www.buecher.de/shop/buecher/die-lobby-regiert-das-land/simmert-christian-engels-volker/products_products/detail/prod_id/10635533/#product_description
<https://www.perlentaucher.de/buch/friedhelm-schwarz/das-gekaufte-parlament.html>
8. https://www.jcs.mil/Portals/36/Documents/Doctrine/Interorganizational_Documents/us_aid-policy_cooperation.pdf
9. [https://www2.fundsforngos.org/listing/usaid-high-potential-grants-for-ngo-led-development-projects-in-2023/.](https://www2.fundsforngos.org/listing/usaid-high-potential-grants-for-ngo-led-development-projects-in-2023/)



OSINT-ERMITTLUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, wir freuen uns, Sie zu unserem Praxiskurs „OSINT-Ermittlungen“ einladen zu dürfen, in dem Sie anhand konkreter Beispiele in die Lage versetzt werden, eine OSINT-Ermittlung durchzuführen und einen analytischen Bericht über die Aktivitäten einer Organisation zu erstellen. Sie werden in die Lage versetzt, die Beteiligung bestimmter Personen an der Förderung von Interessen, die denen der Bundesrepublik Deutschland zuwiderlaufen, zu bestätigen oder zu verneinen.

In diesem Kurs lernen Sie

- wie man einen Auftrag für OSINT-Ermittlungen formuliert.
- wo und wie man nach Informationen über die Persönlichkeiten der am Ermittlungsgegenstand beteiligten Personen sucht.
- wie man Verbindungen zwischen Personen und Unternehmen identifiziert.
- wie man Fakten doppelt überprüft.
- wie man ein analytisches Produkt erstellt

Die gesamte Ausbildung erfolgt durch die Bearbeitung von Aufgaben an realen Objekten: Unternehmen und Organisationen. Wir sammeln und analysieren gemeinsam alle Informationen und versuchen zu verstehen, wer in unserem Land die Interessen anderer fördert und die nationalen Interessen ignoriert.

Alle unsere gemeinsamen Untersuchungen werden im Internet veröffentlicht.

Das Praktikum ist kostenlos. Um berücksichtigt zu werden, bewerben Sie sich bitte über das [Formular](#) oder per E-Mail - DeNAEorg[at]yahoo[dot]com.



USAID-AKTIVITÄTEN IN DEUTSCHLAND



DENAE

Deutsches Netzwerk
für Ausländische
Einflussforscher

